

**Magistrats-Direktor Karl Pawelka.**

Nach der in der Stadtrats-Sitzung vom 23. Oktober 1918 nach dem Antrage des Bürgermeisters erfolgten Ernennung des Ober-Magistratsrates Karl Pawelka zum Magistrats-Direktor wurde dieser in den Beratungssaal gerufen.

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner machte hier Mitteilung von der erfolgten Ernennung, nahm die Gedenkerinnerung vor, beglückwünschte den neuernannten Direktor zur Berufung auf diese verantwortungsvolle Stelle und richtete an ihn das Ersuchen, ihn in seiner Amtsführung nach Kräften zu unterstützen.

Magistrats-Direktor Pawelka ergriff sodann das Wort zu nachstehenden Ausführungen:

„Eure Exzellenz, hochverehrte Herren Vize-Bürgermeister und Mitglieder des Stadtrates!

Tiefbewegt bitte ich Eure Exzellenz, die hochverehrten Herren Vize-Bürgermeister und Mitglieder des Stadtrates, meinen aufrichtigsten, aus ganzem Herzen kommenden Dank für die übergroße Auszeichnung entgegennehmen zu wollen, welche mir durch die soeben vollzogene Ernennung zum ersten Beamten des Wiener Magistrates zuteil geworden ist.

Mit diesem Gefühl des Dankes mischt sich aber auch ein Gefühl von Bangigkeit und Sorge: denn ich bin mir der Schwere und der hohen Verantwortlichkeit voll bewusst, welche die Uebernahme dieses Amtes mit sich bringt, ganz besonders in einer Zeit, in welcher die Gemeindeverwaltung Aufgaben zu lösen hat, so umfangreich und vielgestaltig wie nie zuvor.

Der Krieg, der unser Gewerbe und unsere Industrie ganz in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt und das wirtschaftliche Leben stark eingeengt hat, hat nach den furchtbaren Verlusten an Menschenleben und Arbeitskraft die Sorge um den Menschen mehr als früher in den Mittelpunkt unseres Fühlens und Denkens gerückt.

Die Ernährung der Bevölkerung war zu einem ständigen Sorgenkind der Gemeindeverwaltung geworden, wiewohl der wichtigste Teil der Ernährungsfrage, die Aufbringung und Bewirtschaftung der notwendigsten Lebensmittel seitens der Staatsverwaltung übernommen worden war und außerhalb des Pflichtkreises der Gemeinde selbst, so daß die diesfälligen gegen die Gemeinde erhobenen Vorwürfe gänzlich unbegründet sind.

Die grundstürzenden Ereignisse der letzten Tage haben neue und weitgehende Vorsorgen der Gemeinde in diesem Belange notwendig gemacht.

In der Erkenntnis des hohen Wertes jedes einzelnen Menschenlebens für unsere Zukunft und in der weiteren Erkenntnis der großen Bedeutung des Wohnungswesens für die Volksgesundheit hat die Gemeinde neue Wege der sozialen Fürsorge betreten und auf diesem Gebiete teils im eigenen Wirkungskreise Einrichtungen und Maßnahmen getroffen, welche unserem Volke zum Segen gereichen werden, teils die Staatsverwaltung wie in der Invalidenfrage wiederholt und eindringlich an die ihr obliegenden Verpflichtungen gemahnt.

Durch die Ausgestaltung der Einrichtungen des Gesundheitswesens wurde die Stadt vor den als Folgeerscheinungen des Krieges auftretenden Seuchen zum großen Teile bewahrt.

Die vielen Aufgaben, welche der Gemeindeverwaltung während des Krieges erwachsen sind, werden ihn überdauern und werden die städtische Beamenschaft auch im Frieden voll, ja noch in höherem Maße in Anspruch nehmen und es werden neue Probleme nach Kriegsende der Gemeindeverwaltung erstehen.

Mit dem Augenblicke, in welchem wir in den Frieden eintreten, werden die durch die Kriegswirtschaft bisher gebunden gewesenen Kräfte frei und nach friedenswirtschaftlicher Betätigung ringen. Dies macht die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft notwendig und hat die Gemeindeverwaltung auch in dieser Beziehung bereits die einleitenden Schritte getan.

Auch dieses Problem wird die höchste Anspannung aller Kräfte erfordern, da für die von den Fronten zurückkehrenden Krieger Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden müssen und von der glücklichen Lösung dieser Frage die ganze künftige Entwicklung der Gemeinde abhängt, zumal die Gemeindeverwaltung nur durch ein rasch und kräftig emporblühendes Wirtschaftsleben in die Lage versetzt werden wird, die Mittel zum Abbau der schweren finanziellen Lasten zu finden, die ihr der Krieg aufgebürdet hat.

Zu all diesen umfangreichen Aufgaben haben sich noch weitere Schwierigkeiten hinzugesellt, die sich aus den auch die Gemeinde Wien tief berührenden Geschehnissen der letzten Tage ergeben; die Abwehr von sich hieraus ergebenden Nachteilen wird die vollste Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Gemeindeverwaltung notwendig machen.

Um aber alle diese zahlreichen und verwickelten Fragen einer gedeihlichen Lösung zuzuführen und alle sich entgegenstellenden Schwierigkeiten zu überwinden, dazu bedarf es einer Verwaltung, die nicht in der bloßen Vollstreckung des Gesetzes, sondern in der Förderung der Wohlfahrt des Einzelnen und des Wirtschaftslebens ihr Ziel und ihren Zweck erblickt.

Dazu ist es aber notwendig, daß die Verwaltung mit offenem Auge für die Ereignisse und Bedürfnisse des Tages arbeitet, diese rasch erfaßt und darnach ohne alle Schwerefälligkeit und Umständlichkeit zielbewußt die notwendigen Verfügungen trifft.

Nur eine solche Verwaltung, die volles Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung zeigt, die vorgebrachten Wünsche wohlwollend und aufrichtig prüft und berechtigten Ansprüchen so schnell als möglich und mit jeder durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl zulässigen Erleichterung Rechnung trägt, vermag der Bevölkerung Vertrauen einzulösen und der Verwaltung selbst den Vorwurf des Bürokratismus zu ersparen.

Diese Auffassung der Verwaltungstätigkeit in der Amtsführung des Magistrates stets aufrecht zu erhalten, und sie sowie das Verantwortlichkeitsgefühl jedes Einzelnen zu vertiefen und weiter zu festigen, wird mein unablässiges Bestreben sein. Ich rufe in diesem Augenblicke die gesamte städtische Beamenschaft an, ihre gesamte Amtstätigkeit nach den soeben entwickelten Richtlinien einzurichten; ich bitte meine engeren Kollegen, die oft bewährten Gruppenvorstände des Magistrates, sowie die Vorstände aller städtischen Ämter, mich in diesem Bestreben weitestgehend zu unterstützen. Mit einer solchen Auffassung die Beamenschaft zu erfüllen, wird um so leichter sein, als die Beamten der Gemeinde Wien als eines Selbstverwaltungskörpers durch die freigewählten Vertreter des Volkes in vielfache Berührung mit diesem selbst kommen und Gelegenheit haben, eine Fülle von Anregungen zu empfangen und in sich aufzunehmen.

Ich bitte auch Eure Exzellenz, die hochverehrten Herren Vize-Bürgermeister und Mitglieder des Stadtrates, mein Bestreben nach Herstellung einer solchen Verbindung zwischen der Beamenschaft und der Bevölkerung tunlichst zu fördern.